



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 1 1/2 Thlr., Wochen-Abonnem. 5 Sgr., außerhalb pro Quartal incl. Porto 2 1/2 Thlr. — Anzeigenpreis für den Raum einer jeztstehenden Seite in der Zeitung 2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Erbeiten: Serrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 492. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 21. October 1874.

Deutschland.

Berlin, 20. Octbr. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat den Staatsanwalts-Gehülfen Dr. jur. Jorner zu Neubau zum Landrathe des Kreises Oestrich ernannt; und dem praktischen Arzt Dr. Zimmermann zu Mülhausen i. Thür. den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

An der Klosterschule in Hohenhausen ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Arnold Steudener II. zum Professor genehmigt worden. Der ordentliche Lehrer Dr. Carl Flebbe am Andreas-Gymnasium in Hildesheim ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Hildesheim berufen worden. — Der bisherige Baumeister Carl Schreiner zu Hannover ist als königlicher Eisenbahn-Baumeister bei der hannoverschen Staatsbahn, und der bisherige Baumeister Friedrich Haupt zu Greifenburg i. Pomm. als königlicher Kreis-Baumeister daselbst angestellt worden. Der Lehrer Dr. Alwin Rand zu Cassel ist zum Gewerbeschullehrer ernannt und an der königlichen Gewerbeschule zu Cassel angestellt worden.

Berlin, 19. October. [Se. Majestät der Kaiser und Königin.] reisten gestern Nachmittag um 5 Uhr mittels Extrazuges von Baden-Baden ab. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Baden begleiteten Se. Majestät bis Doss. Am Bahnhofe waren Se. königliche Hoheit der Prinz Alexander von Preußen, der Fürst von Fürstberg, die Herzogin von Hamilton, die Fürstin von Monaco und der preussische Gesandte Graf v. Flemming anwesend. Von der zahlreich versammelten Volksmenge wurden Se. Majestät mit den enthusiastischsten Zurufen begrüßt.

Die Großherzoglich badischen Herrschaften werden noch bis zur Abreise Ihrer Maj. der Kaiserin-Königin in Baden verweilen.

Se. Maj. der Kaiser und Königin trafen heute früh 20 Minuten vor 9 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhofe ein und wurden daselbst von Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Georg, dem Minister des Innern Grafen v. Guleburg, dem Staats-Secretär des Auswärtigen Amtes von Bülow, dem Commandanten General-Major v. Neumann und dem Polizeipräsidenten v. Madai empfangen. Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz war bereits auf der Wildparkstation bei Potsdam in den Salonwagen Sr. Majestät eingestiegen. Nach dem Palais zurückgekehrt, hörte Se. Majestät die Vorträge des Kriegsministers, Generalleutenants v. Kameke, des Staatsministers v. Delbrück und des Staats-Secretärs v. Bülow und empfingen Allerhöchstherrn Flügel-Adjutanten Major v. Stälpnagel. (Reichsanz.)

Berlin, 20. Octbr. [Der Kaiser.] — Die Arminische Angelegenheit. — Die Ausweisung von Dänen. — Verunglückungen beim Bergwerksbetrieb.

Der Kaiser ist nun glücklich angekommen und hat heute schon mehrere Audienzen erteilt, sowie Vorträge entgegengenommen; auch Staatsminister Delbrück sollte heute einen Vortrag halten, bei dem es sich wahrscheinlich um die Entschlüsse betraf, die Reichstags-Session handelte. Da der Kaiser dieselbe in Person eröffnen will, ist es wohl möglich, daß die Eröffnung um einige Tage früher stattfinden, als bisher in Aussicht genommen war; wahrscheinlich unmittelbar vor der Abreise des Kaisers nach Schlesien, also wohl in den letzten Tagen des Monats. — Ueber die Rückkehr des Fürsten Bismarck ist noch immer nichts Sicheres zu melden. Ob er übrigens zur Eröffnung des Reichstages oder erst einige Tage später hier eintreffen wird, scheint noch von anderen Erwägungen abzuhängen als nur von seiner Theilnahme an den Verhandlungen des Reichstages. — In den Ausschüssen des Bundesrathes, welche sich mit dem Bankgesetz zu beschaffen haben, sollte heute der Schlussbericht zur Beilegung gelangen; es ist daher zu erwarten, daß das Plenum in der nächsten Zeit schon damit sich beschäftigen wird. — Es bestätigt sich, daß in dem Reichshaushalts-Gesetz für das nächste Jahr auch eine Position für die Justizcommission vorkommen wird, welche die Justizgesetze beraten soll. — In Bezug auf die Arminische Angelegenheit hört man, daß die Voruntersuchung nicht so rasch erledigt werden wird, wie man erwartet hatte; es werden noch außerhalb Berlins noch verschiedene Ermittlungen stattfinden; auch wird ein Beamter nach Paris gehen, um auch dort thatkräftige Erhebungen vorzunehmen. — Die vom W. T. B. gebrachte Depesche aus der Wiener „Tages-Post“ bezüglich der Vorstellungen des bänischen Gesandten hier selbst bestätigt, was wir kürzlich schon gesagt, nämlich daß es sich dabei gar nicht um die sogenannte Nordschleswiger Frage, sondern nur um die Ausweisung einiger Dänen aus Nordschleswig handelte. Auch ersieht man daraus, daß die guten Beziehungen zwischen Preußen und Dänemark dadurch nicht nur nicht gestört, sondern im Gegentheil noch mehr befestigt worden sind. — Nach einem Ausweis über die Verunglückungen beim Bergwerksbetrieb Preußens während des Jahres 1873 war auf den unter Aufsicht der Bergbehörden stehenden Bergwerken und Vorbereitungsanstalten im vergangenen Jahre 247,594 Arbeiter beschäftigt, von welchen 820, oder 2,504 pCt. d. i. einer von 392 Mann durch Unglücksfälle zu Tode kamen. Das Verhältniß der Verunglückungen zur Zahl der beschäftigten Arbeiter ist etwas ungünstiger als im Vorjahr, wo von 217,520 beschäftigten Arbeitern 564, oder 2,479 pCt., d. i. einer auf 403 Mann, verunglückten. Bei dem Steinkohlenbergbau, welcher im Jahre 1872 333 Opfer an Menschenleben oder 2,739 pCt. der beschäftigten 139,858 Arbeiter forderte, d. i. auf 365 Mann 1 Verunglückter, sind im Jahre 1873 von 159,562 beschäftigten Arbeitern 450 Mann oder 2,820 pCt., d. i. 1 auf 355 Mann, verunglückt. Ein günstiges Herabgehen der Verunglückungsziffer zeigte bereits im Vorjahr der Braunkohlenbergbau, indem von 17,447 beschäftigten Arbeitern nur 53 Mann, d. i. 3,038 pCt. oder 1 von 326 Mann zu Tode verunglückten; im Jahre 1873 betrug die Zahl der beschäftigten Arbeiter 18,068, von welchen 50 Mann oder 2,767 pCt., d. i. auf 361 Mann einer, umkamen. Beim Erzbergbau stellt sich ebenfalls ein günstiges Verhältniß heraus. Während im Vorjahr von 63,493 beschäftigten Arbeitern 110 Mann oder 1,732 pCt., d. i. auf 577 Mann einer verunglückte, traf dieses Loos im Jahr 1873 von 62,266 beschäftigten Arbeitern nur 98 Mann, oder 1,574 pCt., d. i. 1 auf 635 Mann. Bei der Gewinnung anderer Mineralien ist wiederum ein Steigen der Verunglückungsziffer zu bemerken, indem im Vorjahr von 6,722 beschäftigten Arbeitern 18 Mann oder 2,677 pCt., d. i. 1 auf 373 Mann, verunglückten. Während das Jahr 1873 von 7698 beschäftigten Arbeitern 22 Verunglückte oder 2,858 pCt., d. i. 1 auf 350 Mann aufweist.

Berlin, 20. October. [Das Bankgesetz.] — Die Justizcommission. — Bismarck.

Heute Mittag hielten die Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen eine Sitzung zur Feststellung des Berichts über den Entwurf eines Bankgesetzes, worüber die Beratungen am letzten Donnerstag bereits und zwar in einer Abend-Sitzung zum Abschluß gebracht waren. Auch bei der zweiten Lesung kam man auf die Anträge wegen Umwandlung der Preussischen Bank in eine Reichsbank und auf Errichtung einer Reichsbank nach 10 Jahren zurück, jedoch abermals unter Ablehnung der Anträge. Der Bericht wird nun so schnell wie möglich gedruckt werden, um zur Plenarberatung zu gelangen. Jedenfalls wird das Bankgesetz dem Reichstage sofort nach seinem Zusammentritt zugehen können, ob dies auch mit dem gesammten Reichsbudget der Fall sein wird, steht dahin. Gleichwohl ist es nach wie vor die ausgesprochene Absicht der Reichsregierung, das Budget jedenfalls vor Weihnacht zum Abschluß zu bringen, um dasselbe verfassungsgemäß vor dem 1. Januar t. Js. publiciren zu können. Man giebt sich außerdem der bestimmten Erwartung hin, auch das Bankgesetz bis zur Weihnachtzeit durchberathen zu sehen. In wie weit es dann wünschenswerth ist, weitere Vorlagen zu bearbeiten, läßt sich im Augenblick noch gar nicht absehen, und es sind daher zur Zeit alle Betrachtungen über die Dauer der Session haltlos. Der späteste Termin der Reichstagsberufung möchte der 3. November sein (der 2. ist ein kath. Festtag). — Der besonderen Commission des Bundesrathes, welche der Justizauschuss wählen und mit dem Entwurf des Civilgesetzbuchs für das Reich befaßt soll, wird in erster Linie die Aufgabe zufallen, das Material zu sichten, welches die Bundesregierungen auf Eruchen des Reichstages hierher geschickt haben. Diese Berichte sind jetzt vollständig eingegangen, es fehlt jedoch noch das bayerische Gutachten, dessen Eintreffen täglich erwartet wird. Der bayerische Justizminister Dr. Fausst wird in etwa 14 Tagen hierher kommen, um sich namentlich an den Arbeiten bezüglich der Reichsjustiz-Gesetze und des Civilgesetzbuch-Entwurfs zu betheiligen. Wenn der letztere und die Einwurfe über den Rechnungshof, wie über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches durch die bevorstehende Session erledigt werden sollen, dann freilich liegt es auf der Hand, daß die Zeit vom 3. November bis circa 20. December nicht ausreichen kann, doch wird hierüber jedenfalls vorläufig noch nicht beschlossen werden, zumal da die Wünsche der Bundesregierungen dabei erheblich mit in Betracht kommen. Nach einer allgemein verbreiteten Angabe wird Fürst Bismarck zur Eröffnung des Reichstages hier eintreffen und dann dauernd für den Winter in Berlin bleiben.

[Professor Homeyer.] Heute (20.) ist der Geh. Ober-Tribunalsrath a. D., ordentlicher Professor der Berliner Universität, Vertreter derselben im Herrenhause und Kronsenatus Dr. Gustav Homeyer gestorben. Derselbe war am 13. August 1795 zu Wolgast geboren, hatte sich 1821 als Privatdocent der juristischen Facultät zu Berlin habilitirt, in welcher er 1824 zum außerordentlichen, 1827 zum ordentlichen Professor ernannt wurde; von 1845 bis 1867 gehörte Homeyer als Rath dem Ober-Tribunal an; 1850 wurde er Mitglied der Akademie der Wissenschaften, 1854 des Staatsrathes. Er gehörte der ersten Kammer an und wurde in Folge Präsentation der Universität Berlin durch kgl. Cabinetsordre vom 27. November 1854 unter gleichzeitiger Bestellung als Kronsenatus-Mitglied in den Herrenhaus berufen. Unter seinen zahlreichen Schriften ist die bekannteste der „Sachsenspiegel“, drei starke Bände umfassend. Im Herrenhause hat Homeyer keinen erheblichen Einfluß ausgeübt, wozu wohl beigetragen haben mag, daß er sich nie einer Fraktion angeschlossen hat. Die Universität Berlin wird demnach einen andern Vertreter zur Berufung in das Herrenhaus zu präsentieren haben.

[Dr. Hermann Schwabe.] Am 19. October Nachmittags ist in der weltlichen Kreise bekannte Director des Berliner statistischen Bureau Dr. Schwabe einem längeren typhösen Leiden erlegen. Sein Verlust muß als ein in gewisser Beziehung unersehlicher betrachtet werden. Das statistische Bureau der Stadt Berlin war unter seiner Leitung zu einem europäischen Rufe gelangt. Der internationale statistische Congress, der Congress für Gesundheitspflege, das deutsche Gewerbe-Museum und viele Vereine hiesiger Stadt, welchen Schwabe eine aufopfernde Thätigkeit widmete, werden seinen Tod schmerzlich empfinden. Schwabe's bedeutende Verdienste um die Statistik, namentlich durch Ausbildung der graphischen Methode, wurden zuletzt dadurch anerkannt, daß von dem Herrn Unterrichtsminister ihm eine Professur für Statistik an der hiesigen Universität übertragen war.

So an einem längst ersehnten Ziele stehend ist er dahin geschieden, ohne sich des Erreichens in ruhigem Genuße freuen zu können.

Die Leitung des statistischen Bureau ist interimistisch dem bisherigen Mitgliede dieser Behörde Herrn Dr. Suppe übertragen worden.

[In der Untersuchung] wider die hiesigen Drogenwarenhändler S. und Sch. und die Kaufleute B. und Conforten wegen Verkaufes von Meyer'schen Brustsymp hat das Obertribunal in der Sitzung vom 7. October cr. das freisprechende Urtheil des Kammergerichts vom 11. März cr. aufgehoben und die Sache zur contradictorischen Verhandlung und Entscheidung in die Rechts-Instanz zurückgewiesen. Zur Motivirung dieses Erkenntnisses führt das Obertribunal an: die Kaiserliche Verordnung vom 25. März 1872, betreffend den Verkauf von Apothekern, enthält unter A. eine Zusammenstellung von „Zubereitungen zu Heilzwecken“, deren Fehlbildung und Verkauf ausschließlich in Apotheken gestattet ist. Unter denselben finden sich namentlich auch „Arzneisyrup“ aufgeführt. Die Ansicht der Richter erster und zweiter Instanz, daß eine „Zubereitung zu Heilzwecken“ nur dann „eine Arznei“ im Sinne des Reichs-Straf-Gesetz-Buches (§ 367) darstelle, wenn sie wirklich Arzneistoffe, d. h. solche Stoffe enthalte, welche von der medicinischen Wissenschaft als zu Heilzwecken dienend anerkannt seien, und daß der Meyer'sche Brustsymp, weil rüchlich seines Inhalts ein derartiger Verweis nicht erbracht ist, von der erwähnten Kaiserlichen Verordnung nicht betroffen werde, entbehrt der Begründung. Für die Anwendbarkeit dieser Verordnung und der in § 367 des R. St. G. B. bestimmten Strafe ist vielmehr lediglich Form und Zweck entscheidend. Wenn daher eine Zubereitung in einer der Kaiserlichen Verordnung entsprechenden Arzneiform als „Heilmittel gegen Krankheiten“ feilgeboten wird, so ist sie denjenigen „Zubereitungen zu Heilzwecken“ beizuzählen, deren Feilhalten und Verkauf ausschließlich in Apotheken gestattet ist, gleichviel ob sie wirkliche Arzneistoffe enthält, und ob die dabei zur Verwendung gekommenen Grundstoffe für Heilzwecke überhaupt dienlich sind.

Stettin, 19. October. [Enthaltung des Denkmals für Robert Prug.] Die „Ostsee-Ztg.“ berichtet über die Feier:

Der geistige Sonntag, ein nationaler Festtag in doppelter Beziehung, als Tag der Schlacht bei Leipzig und als Geburtstag des Kronprinzen, war zur Enthüllungsfest des Denkmals ausgerufen, durch dessen Errichtung das Andenken an Robert Prug geehrt werden soll. Das herrlichste Wetter und eine nach Tausenden zu zählende Menge, welche sich an der Grabstätte des vor zwei Jahren heimgegangenen Dichters auf dem Remter Kirchhofe eingefunden hatte, gaben der Feier auch äußerlich ein besonders festliches Gepräge. Eine Anzahl hiesiger Vereine, so der Handwerkerverein, der Stettiner Ge-

langverein, der Turnverein, Verein junger Kaufleute, „Freya“ u. waren durch Deputationen besonders vertreten. Den Angehörigen des Dichters, der hinterbliebenen Witte und ihren Töchtern, waren Ehrensitze gegenüber dem, noch mit seiner Hülle versehenen Denkmal errichtet. Der Sohn des Verewigten, Dr. Hans Prug, der ebenfalls zu der Feier eingeladen worden, war durch Amtsgeschäfte in Berlin zurückgehalten. Präcise 11 Uhr eröffnete die Feier mit dem Gesang „Schottischer Varden-Chor“ von Silcher, welcher, wie auch die übrigen Gesangsvorträge, von dem Gesangschor des Handwerkervereins, unter Mitwirkung von Mitgliedern des Stettiner Gesangsvereins ausgeführt wurde. Dann fiel die Hülle und die Broncebüste des Dichters, vom Prof. Wolf in Berlin ausgeführt, strahlte von neuem, etwa 10 Fuß hohen Granitpedestal, neben der Grabstätte auf dem Höhepunkt des Kirchhofes auf die Festtheilnehmer herab. Herr Stadtrath Bod hielt darauf von einer Tribüne herab die Festrede. Er leitete sie damit ein, daß er hervorhob, wie wohl keine größere Stadt Deutschlands in ihrer freithetlichen Entwicklung mehr gehemmt, keine in der Pflege geistiger Güter weniger begünstigt worden sei als Stettin und begründete das durch eine Skizzirung der historischen und localen Beziehungen. Trotzdem sei Stettin in dieser Hinsicht nicht zurückgeblieben und hervorragende Männer, wie Prug und Giesebrecht, hätten durch ihre Mitwirkung an der Pflege zahlreicher Bildungsvereine hervorragenden Antheil genommen. Was Stettin besitze, habe es sich selbst zu danken und könne stolz auf seine bedeutenden Männer sein. Was Prug in erster Reihe dem Vaterlande geleistet, sei vielfach anderweit anerkannt worden. Hier sei dessen, was er seiner Vaterstadt als Volkslehrer in allen Kreisen gewesen, ganz besonders zu gedenken, namentlich was er im Kreise des Gewerbestandes gewirkt. Robert Prug habe nicht in vornehmer Abgeschlossenheit gelebt, er habe gewußt, daß das Verständniß des Schönen und Wahren das Gemeintut Aller sei. Sein Fingerspiel sei daher gerade auch in diesen Kreisen so tief betrauert worden. Er habe bei jeder Gelegenheit der allgemeinen Stimmung ungeschont Ausdruck zu geben gewußt und sei in dieser Beziehung der Volksfeier des 50-jährigen Gedächtnistages der Völkerschlacht von Leipzig besonders zu gedenken, an welchem Tage, vor nun 11 Jahren der Dichter in voller Lebensfrische die Weisrede hielt. Wie er ein freier Sohn des Vaterlandes gewesen, sei er ein treuer Sohn seiner Vaterstadt geblieben, denn er habe eintägliche Stellen, zu denen er berufen worden, indem nur von ihm Fügigkeit, nicht Abfall von seiner Gesinnung verlangt wurde, wiederholt ausgeschlagen. Dafür sei ihm aus allen Schichten der Bevölkerung volle Anerkennung entgegen getragen worden. — Nachdem Redner sich noch mit einer beglückenden Ansprache an die Angehörigen des Dichters gewandt, wies er darauf hin, daß das Denkmal nicht für die Gegenwart notwendig, sondern für die kommenden Geschlechter bestimmt sei, indem es sie daran mahnen solle, stets nach den höchsten Zielen zu schauen und über den materiellen Bestrebungen nicht die idealen zu verjäumen. „Ihnen Allen, hochverehrte Anwesende“, so schloß Redner, „den Künstlern und Weisern, welche dies Werk geschaffen, allen Förderern dieses Denkmals, sage ich im Namen des Auschusses den besten und ererbteigsten Dank. Diese Stätte aber sei uns fortan besonders geweiht. Dieses Denkmal werde von uns Allen in sorgfame Hut genommen. Dieses ehrende Dichterbild leuchte fortan von der Höhe herab, ein Wahrzeichen den kommenden Geschlechtern die Nähe einer Stadt der Geilung und Bildung verkündigend!“ Nach Vortrag des Liedes von Beckstein: „Ueber den Gräbern“ u. widmete der Vorsteher des Handwerker-Vereins, Herr Klug, bei Niederlegung eines Lorbeerzweiges an der Grabstätte, dem dahingeschiedenen Sänger und Meister einige Worte des Dankes. Andere Vereine hatten ebenfalls Lorbeer- und Smaragdstränge dargebracht. Freiligraths Lied: „O lieb, so lang Du lieben kannst“ machte den Abschluß der Feier.

Berburg, 17. October. [Verurtheilung.] Am 13. d. war vor dem hiesigen Kreisgerichte Termin in der Anklagesache gegen Pfarrer Walter zu Anzeß wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck.

Dieser Beleidigung soll sich der genannte Herr dadurch schuldig gemacht haben, daß er am 18. Juli d. J. in Frankenberg, wofür er Gottesdienst halten wollte, in einem Wirtschaftsgarten bei Besprechung des Riffinger Attentats zu den Anwesenden, die ihn zu dieser Unterredung veranlaßten, geäußert haben soll: „Kullmann sei von Bismarck gedungen worden.“ Fürst Bismarck selbst hatte den Strafantrag gestellt. Pfarrer W. bestritt, daß er von Bismarck selbst gesprochen habe und mehrere Zeugen befragte, daß seine Ausdrücke gewesen seien, „Bismarck's Seits, Bismarck's Partei, Bismarckianer“. Andere Zeugen aber sagten gegentheilig aus und die Verurtheilung des Urtheils wurde auf den 20. ausgesetzt. Dem Vernehmen nach soll Pfarrer W. hier keinen Anwalt für seine Vertheidigung haben finden können, die er daher selbst übernehmen mußte.

Aus Baden, 16. October. [Bischof Gesele.] Durch die Blätter lief jüngst die Nachricht, die badische Regierung habe dem Bischof Gesele in Rottenburg den erzbischöflichen Stuhl von Freiburg angeboten, der Bischof aber habe dieses Anerbieten mit dem Bemerkten abgelehnt, er könne den vorgeschriebenen Eid nicht leisten, beziehungsweise die in Baden bestehenden kirchlich-politischen Geseke nicht ausführen. Zuverlässigen Ermittlungen zufolge ist diese Nachricht ganz wesentlich entstellt. So behauptet eine an die „Bad. Landeszeitung“ gerichtete Zuschrift, indem sie aufstellt, es dürfte eine von ihr gegebene Darstellung des Vorgangs der Wahrheit jedenfalls bedeutend näher kommen. Diese Darstellung führt aus: „Dem Bischof Gesele konnte die Badische Regierung den erzbischöflichen Stuhl nicht anbieten, weil die Badische Regierung den Erzbischof nicht zu ernennen, sondern nur eventuell zu bestätigen hat. Man dürfte den Bischof nur darüber befragt haben, ob er für den möglichen Fall, daß das Freiburger Domcapitel ihn der großherzoglichen Regierung als Erzbischof vorschlagen würde, diese Stellung annehmen würde, und bejahenden Falls, unter welchen Bedingungen (selbstredend kirchenpolitischen). Bischof Gesele hat ohne Zweifel schon die erste Frage absolut verneint, hatte also durchaus nicht nöthig, die zweite überhaupt zu beantworten. Daß er in rein privater Unterhaltung seine persönliche Anschauung über die Badische Kirchengesetzgebung mitgetheilt hat, ist allerdings anzunehmen, und dürfte von ihm dabei der Unterschied zwischen dieser und der Württembergischen Kirchengesetzgebung näher erläutert, namentlich aber betont worden sein, daß die katholischen Geistlichen in Württemberg kein besonderes Staatsexamen ablegen müssen, sondern bezüglich der Examina allen Staatsdienern, beziehungsweise den Studierenden aller übrigen Facultäten der Universität gleichgestellt sind, und daß er als Bischof weder eine Bevorzugung, noch eine Benachtheiligung seines Klerus wünschen könne. Bei seiner absoluten Weigerung, seinen eigenen Bischofsstuhl zu verlassen, hat Herr von Gesele ohne Zweifel der Gedanke geleitet, daß durch seinen Weggang von Rottenburg der Ausbruch eines Kirchenconflictes auch in Württemberg dermalen sehr leicht möglich, durch seine Uebernahme des erzbischöflichen Stuhles in Freiburg die baldige Beilegung des Babilischen Kirchenconflictes unwahrscheinlich sei, und es bleibt vollständig gleichgültig, ob der hochwürdige Herr bei der beregten Unterredung diesen Gedanken ausgesprochen hat oder nicht.“

Reg, 14. October. [Abzug nach Frankreich.] Es befindet sich in hiesiger Stadt immer noch eine kleine Anzahl Leute, welche f.

langverein, der Turnverein, Verein junger Kaufleute, „Freya“ u. waren durch Deputationen besonders vertreten. Den Angehörigen des Dichters, der hinterbliebenen Witte und ihren Töchtern, waren Ehrensitze gegenüber dem, noch mit seiner Hülle versehenen Denkmal errichtet. Der Sohn des Verewigten, Dr. Hans Prug, der ebenfalls zu der Feier eingeladen worden, war durch Amtsgeschäfte in Berlin zurückgehalten. Präcise 11 Uhr eröffnete die Feier mit dem Gesang „Schottischer Varden-Chor“ von Silcher, welcher, wie auch die übrigen Gesangsvorträge, von dem Gesangschor des Handwerkervereins, unter Mitwirkung von Mitgliedern des Stettiner Gesangsvereins ausgeführt wurde. Dann fiel die Hülle und die Broncebüste des Dichters, vom Prof. Wolf in Berlin ausgeführt, strahlte von neuem, etwa 10 Fuß hohen Granitpedestal, neben der Grabstätte auf dem Höhepunkt des Kirchhofes auf die Festtheilnehmer herab. Herr Stadtrath Bod hielt darauf von einer Tribüne herab die Festrede. Er leitete sie damit ein, daß er hervorhob, wie wohl keine größere Stadt Deutschlands in ihrer freithetlichen Entwicklung mehr gehemmt, keine in der Pflege geistiger Güter weniger begünstigt worden sei als Stettin und begründete das durch eine Skizzirung der historischen und localen Beziehungen. Trotzdem sei Stettin in dieser Hinsicht nicht zurückgeblieben und hervorragende Männer, wie Prug und Giesebrecht, hätten durch ihre Mitwirkung an der Pflege zahlreicher Bildungsvereine hervorragenden Antheil genommen. Was Stettin besitze, habe es sich selbst zu danken und könne stolz auf seine bedeutenden Männer sein. Was Prug in erster Reihe dem Vaterlande geleistet, sei vielfach anderweit anerkannt worden. Hier sei dessen, was er seiner Vaterstadt als Volkslehrer in allen Kreisen gewesen, ganz besonders zu gedenken, namentlich was er im Kreise des Gewerbestandes gewirkt. Robert Prug habe nicht in vornehmer Abgeschlossenheit gelebt, er habe gewußt, daß das Verständniß des Schönen und Wahren das Gemeintut Aller sei. Sein Fingerspiel sei daher gerade auch in diesen Kreisen so tief betrauert worden. Er habe bei jeder Gelegenheit der allgemeinen Stimmung ungeschont Ausdruck zu geben gewußt und sei in dieser Beziehung der Volksfeier des 50-jährigen Gedächtnistages der Völkerschlacht von Leipzig besonders zu gedenken, an welchem Tage, vor nun 11 Jahren der Dichter in voller Lebensfrische die Weisrede hielt. Wie er ein freier Sohn des Vaterlandes gewesen, sei er ein treuer Sohn seiner Vaterstadt geblieben, denn er habe eintägliche Stellen, zu denen er berufen worden, indem nur von ihm Fügigkeit, nicht Abfall von seiner Gesinnung verlangt wurde, wiederholt ausgeschlagen. Dafür sei ihm aus allen Schichten der Bevölkerung volle Anerkennung entgegen getragen worden. — Nachdem Redner sich noch mit einer beglückenden Ansprache an die Angehörigen des Dichters gewandt, wies er darauf hin, daß das Denkmal nicht für die Gegenwart notwendig, sondern für die kommenden Geschlechter bestimmt sei, indem es sie daran mahnen solle, stets nach den höchsten Zielen zu schauen und über den materiellen Bestrebungen nicht die idealen zu verjäumen. „Ihnen Allen, hochverehrte Anwesende“, so schloß Redner, „den Künstlern und Weisern, welche dies Werk geschaffen, allen Förderern dieses Denkmals, sage ich im Namen des Auschusses den besten und ererbteigsten Dank. Diese Stätte aber sei uns fortan besonders geweiht. Dieses Denkmal werde von uns Allen in sorgfame Hut genommen. Dieses ehrende Dichterbild leuchte fortan von der Höhe herab, ein Wahrzeichen den kommenden Geschlechtern die Nähe einer Stadt der Geilung und Bildung verkündigend!“ Nach Vortrag des Liedes von Beckstein: „Ueber den Gräbern“ u. widmete der Vorsteher des Handwerker-Vereins, Herr Klug, bei Niederlegung eines Lorbeerzweiges an der Grabstätte, dem dahingeschiedenen Sänger und Meister einige Worte des Dankes. Andere Vereine hatten ebenfalls Lorbeer- und Smaragdstränge dargebracht. Freiligraths Lied: „O lieb, so lang Du lieben kannst“ machte den Abschluß der Feier.

Berburg, 17. October. [Verurtheilung.] Am 13. d. war vor dem hiesigen Kreisgerichte Termin in der Anklagesache gegen Pfarrer Walter zu Anzeß wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck.

Dieser Beleidigung soll sich der genannte Herr dadurch schuldig gemacht haben, daß er am 18. Juli d. J. in Frankenberg, wofür er Gottesdienst halten wollte, in einem Wirtschaftsgarten bei Besprechung des Riffinger Attentats zu den Anwesenden, die ihn zu dieser Unterredung veranlaßten, geäußert haben soll: „Kullmann sei von Bismarck gedungen worden.“ Fürst Bismarck selbst hatte den Strafantrag gestellt. Pfarrer W. bestritt, daß er von Bismarck selbst gesprochen habe und mehrere Zeugen befragte, daß seine Ausdrücke gewesen seien, „Bismarck's Seits, Bismarck's Partei, Bismarckianer“. Andere Zeugen aber sagten gegentheilig aus und die Verurtheilung des Urtheils wurde auf den 20. ausgesetzt. Dem Vernehmen nach soll Pfarrer W. hier keinen Anwalt für seine Vertheidigung haben finden können, die er daher selbst übernehmen mußte.

Aus Baden, 16. October. [Bischof Gesele.] Durch die Blätter lief jüngst die Nachricht, die badische Regierung habe dem Bischof Gesele in Rottenburg den erzbischöflichen Stuhl von Freiburg angeboten, der Bischof aber habe dieses Anerbieten mit dem Bemerkten abgelehnt, er könne den vorgeschriebenen Eid nicht leisten, beziehungsweise die in Baden bestehenden kirchlich-politischen Geseke nicht ausführen. Zuverlässigen Ermittlungen zufolge ist diese Nachricht ganz wesentlich entstellt. So behauptet eine an die „Bad. Landeszeitung“ gerichtete Zuschrift, indem sie aufstellt, es dürfte eine von ihr gegebene Darstellung des Vorgangs der Wahrheit jedenfalls bedeutend näher kommen. Diese Darstellung führt aus: „Dem Bischof Gesele konnte die Badische Regierung den erzbischöflichen Stuhl nicht anbieten, weil die Badische Regierung den Erzbischof nicht zu ernennen, sondern nur eventuell zu bestätigen hat. Man dürfte den Bischof nur darüber befragt haben, ob er für den möglichen Fall, daß das Freiburger Domcapitel ihn der großherzoglichen Regierung als Erzbischof vorschlagen würde, diese Stellung annehmen würde, und bejahenden Falls, unter welchen Bedingungen (selbstredend kirchenpolitischen). Bischof Gesele hat ohne Zweifel schon die erste Frage absolut verneint, hatte also durchaus nicht nöthig, die zweite überhaupt zu beantworten. Daß er in rein privater Unterhaltung seine persönliche Anschauung über die Badische Kirchengesetzgebung mitgetheilt hat, ist allerdings anzunehmen, und dürfte von ihm dabei der Unterschied zwischen dieser und der Württembergischen Kirchengesetzgebung näher erläutert, namentlich aber betont worden sein, daß die katholischen Geistlichen in Württemberg kein besonderes Staatsexamen ablegen müssen, sondern bezüglich der Examina allen Staatsdienern, beziehungsweise den Studierenden aller übrigen Facultäten der Universität gleichgestellt sind, und daß er als Bischof weder eine Bevorzugung, noch eine Benachtheiligung seines Klerus wünschen könne. Bei seiner absoluten Weigerung, seinen eigenen Bischofsstuhl zu verlassen, hat Herr von Gesele ohne Zweifel der Gedanke geleitet, daß durch seinen Weggang von Rottenburg der Ausbruch eines Kirchenconflictes auch in Württemberg dermalen sehr leicht möglich, durch seine Uebernahme des erzbischöflichen Stuhles in Freiburg die baldige Beilegung des Babilischen Kirchenconflictes unwahrscheinlich sei, und es bleibt vollständig gleichgültig, ob der hochwürdige Herr bei der beregten Unterredung diesen Gedanken ausgesprochen hat oder nicht.“

Reg, 14. October. [Abzug nach Frankreich.] Es befindet sich in hiesiger Stadt immer noch eine kleine Anzahl Leute, welche f.

3. es verschmäht hatten, zu optiren, weil sie glaubten, Elsaß-Lothringen werde nur vorübergehend im Besitze Deutschlands bleiben, und daß es daher nicht der Mühe werth sei, nach Frankreich überzusiedeln. Seit sie aber einsehen, daß sich die Zustände im Reichlande, wenn auch langsam, so doch deutlich wahrnehmbar besserten, scheinen sie des Wartens müde geworden zu sein und ziehen, wie die „Mezer Ztg.“ meldet, nun vor, nachträglich nach Frankreich auszuwandern. Der deutschen Regierung kann dies nur erwünscht sein. Je früher die unzufriedenen Elemente, welche die jetzige politische Gestaltung des Landes nur für eine vorläufige halten, auscheiden, desto baldiger ist Hoffnung vorhanden, daß normalere Zustände eintreten werden.

Schweiz.

Bern, 17. October. [Die Conferenz von Abgeordneten westschweizerischer Regierungen zur Bekämpfung des Mädchenhandels] hat sich auf folgende Grundlagen für einen diesfälligen Concordatsentwurf geeinigt:

1) In jedem Canton der romanischen Schweiz soll mit finanzieller Unterstützung des Staates ein sogen. comité de patronage bestehen, das mit den hauptsächlichsten Centren des Auslands-Verkehrs in Verbindung steht, um einerseits sich nach offenen Stellen für Gouvernanten oder Bonnen zu erkundigen, andererseits unsere jungen Landmännchen, die eine solche Stelle angenommen haben, in ihrer Carriere zu überwachen. Man wird den Bundesräthen angeben, die schweizerischen Consulate von diesem Gesichtspunkte der Ueberwachung aus in Besitze einzutheilen, damit dasjenige Mädchen, das Klage führen will, zum Voraus weiß, an welchen Consul es sich zu wenden hat. 2) Die Stellenvermittlungs-Agenturen für das Ausland werden unter die Aufsicht der Polizei gestellt und haben ein Patent zu lösen, das ihnen auf dem Verwaltungswege wieder entzogen werden kann. Geheime Agenturen werden nicht geduldet. 3) Familiendäter, die überwiegenmaßen ihre minderjährigen Kinder in schlechte Stellen im Ausland untergebracht haben, können dafür verfolgt und bestraft werden. 4) Die Behörden, denen die Ausstellung von Pässen zukommt, sollen solche alleinreisenden Minderjährigen nur dann verabschieden, wenn sie sich nach Einberufung von Eltern oder Vormündern über die Anstellungsbedingungen vergewissert haben.

Dieser Entwurf unterliegt einer nochmaligen Discussion und wird sodann den Regierungen und den Großen Räten der romanischen Schweiz zur Genehmigung unterbreitet werden. (Bund.)

Frankreich.

* **Paris, 18. October.** [Ueber die Affaire Stoffel] theilt der officielle „Moniteur“ Folgendes mit:

„Aus den von uns eingezogenen Erkundigungen geht hervor, daß die Brochüre des Obersten Baron Stoffel nicht allein in ihren Schlussfolgerungen und ihrem Geist, sondern auch in der Darstellung der Thatfachen mit Vorbehalt aufgenommen werden muß. Vor Allem bemerken wir, daß die „Ordonnance de non lieu“, die zu Gunsten des Obersten erlassen wurde, ihm nicht als eine einfache Thatfache angekündigt wurde, und daß die Beweismittel zu derselben ihm keineswegs von der auf ihn lastenden Anklage freigesprochen. Vielmehr war die Einstellung des Verfahrens einzig und allein durch den Umstand begründet, daß die dem Obersten zur Last fallenden Thatfachen nicht direct vom Gesetz bestraft werden und das Schweigen des letzteren dem Beschuldigten zu Statten kam. In der That besagt der Art. 255 des Militär-Strafgesetzbuches, daß, wer vorläufig Register, Concepte oder Originalacte der militärischen Behörde vernichtet, verbrennt oder zerstückt, mit Zuchthausstrafe belegt wird. Da der Oberst Stoffel die Depeschen vom 20. August weder vernichtet, verbrannt, noch zerstückt hat, so wurde er beschuldigt, dieselben nicht dem Ober-Commandanten der zweiten Rheinarmee unterbreitet zu haben. Das gewöhnliche Strafgesetzbuch, Art. 173, drückt sich, aber in einem anderen Sinne, bestimmter aus. Es sagt, daß jeder Richter, Administrator, Beamte oder Officier, welcher die Acte oder Titel, die in seiner Sphäre sind, unterdrückt, unterschlagen oder beseitigt hat, mit Zwangsarbeit auf Zeit bestraft wird; indeß konnte der Oberst Stoffel in der Stellung, welche er im Hauptquartier des Marschalls Mac Mahon einnahm, als ein Beamter betrachtet werden? Die mit der Untersuchung betrauten Richter glaubten dieses nicht. So lauteten unsere Erkundigungen nach den Umständen, unter welchen der Kriegsminister die Einstellung des Verfahrens verfügte. Dieselbe erfolgte also einzig und allein wegen des Schweigens des Gesetzes. Man theilt uns ferner mit, daß einige Thatfachen, auf welche sich der Oberst Stoffel stützt, um festzustellen, daß die Depeschen vom 20. Aug. zur Kenntniß des Marschalls Mac Mahon hätten kommen müssen, durch die Untersuchung und die Zeugen widerlegt werden. So sollen Nabasse und Mies sich niemals dem Obersten d'Alzac gegenüber befunden haben. Sie sollen in der Nacht vom 24. auf den 25. August von der Magd Duquet in ein Zimmer geführt worden sein, wo zwei dienstthuende Officiere, Marescalchi (derselbe befand sich zur Zeit des Processes Dajaine in Indien) und de Baulgrenau, anwesend waren. Die Agenten verlangten also dann die Adresse des Obersten Stoffel; es wurde ihnen einfach geantwortet, daß man sie nicht kenne, und daß er am anderen Tage Morgens 8 Uhr wiederkommen werde. Die Aussagen des Herrn Marescalchi und der Magd sind in dieser Hinsicht bestimmt. Diese letztere verließ Nabasse und Mies nicht und sie sprachen nur zu Marescalchi. Wenn diese Thatfachen richtig sind, und wir glauben, daß sie es sind, so benehmen sie der Beweisführung des Obersten Stoffel ihre Kraft.“

So der „Moniteur“. Weßhalb die Frage Stoffel plötzlich wieder in Anregung kommt, muß die Folge lehren. Doch stimmen die Angaben des „Moniteurs“ über die Zeugenaussagen keineswegs mit denen überein, welche vor dem Kriegsgericht gemacht wurden. Im Interesse Mac Mahons ist es zu bedauern, daß man Stoffel nicht einfach vor Gericht stellte, die ganze Sache nochmals einer öffentlichen Debatte unterzog, und falls es bewiesen wurde, daß der Oberst Stoffel die Depeschen dem Ober-Commandanten der zweiten Rheinarmee wirklich nicht unterbreitet hatte, es den Richtern überließ, zuzusehen, ob die bestehenden Gesetze Anwendung auf ihn finden könnten.

[Vertrag mit Deutschland.] Das „Journal officiel“ enthält mit den Decreten, welche sich auf die Aenderungen beziehen, die in Folge des am 7. October zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Vertrages in den Grenzdistricen und in Elsaß-Lothringen von den beiden contrahirenden Regierungen vorgenommen werden mußten, das darauf bezügliche Schlussprotokoll, das für Deutschland von den Herren Ledderhose und v. Bessehlen und für Frankreich von den Herren Desprez und Tardif unterzeichnet wurde.

[Marschall Mac Mahon] ist von seinem Ausflug nach Schloß Broglie in sehr guter Stimmung zurückgekommen, da der ihm in dieser Gegend gewordene Empfang ein ausgezeichnete war. Der Marschall, der gestern Morgen um 8 Uhr mit seinem Gefolge Paris verlassen, kam um 10 Uhr in Bernay an, wo ihn der Herzog de Broglie, dessen Sohn, der Fürst de Broglie, und ein Theil der Gäste des Herzogs, darunter die Deputirten Puyet Duerrier und Admiral La Ronciere le Noury, erwarteten. Die Anwesenheit der Letzteren, die beide eifrige Bonapartisten sind, erregt einiges Aufsehen, und die in der letzten Zeit circulirenden Gerüchte, daß, wenn auch vielleicht nicht de Broglie selbst, doch de Fourton wieder in das Cabinet treten würde, gewannen dadurch an Bestand. Der Weg von Bernay nach Schloß Broglie wurde zu Wagen zurückgelegt. Nach Einnahme des Frühstückes und einem Spaziergang im Park, der sich durch seine hundertjährigen Buchen auszeichnet, fand der Empfang der Maires des Cantons statt, worauf die Rückfahrt angetreten wurde. Bernay hatte sich während dieser Zeit festlich geschmückt, und als der Marschall Mac Mahon vor den Thoren der kleinen Stadt ankam, wo ihn der Maire, die übrigen Behörden und eine große Menschenmenge erwartete, waren alle Häuser besetzt und 25, sage fünf- undzwanzig, Triumphbögen errichtet worden, die alle möglichen Inschriften, sogar das bekannte „J'y suis et j'y reste“ trugen. Man geleitete dann den Marschall zum Bahnhof. Den Zug eröffnete eine Musikkapelle, die das „Heil unserem Herzog, Heil“ (eigentlich das God save the Queen) aufspielte; ihr folgten Gendarmen zu Pferde; dann kam der Wagen des Marschalls, hinter welchem der Maire, die übrigen Behörden und eine große Anzahl von Leuten im schwarzen Frack einhermarschirten. Die Feuerwehrmänner, die in der Gasse (in diesem Departement liegt das

Schloß Broglie) eine große Rolle spielen, bildeten das Spalier, und die zahlreiche Menge, die sich überall angesammelt, brachte Hochs auf den Marschall, auf den Herzog von Magenta, aber auch auf die Republik aus. In Courcouronnes hielt der Marschall einen Augenblick, um eine loyale Ansprache des Maires dieser Stadt anzuhören. Gegen 11 Uhr Abends war der Marschall Mac Mahon bereits nach dem Elysée zurückgekehrt. — Der Maire von Nizza, welcher in der letzten Zeit vielfach angeklagt wurde, Italien zugethan zu sein, hat kurz vor dem Schluss des dortigen Wahlkampfes die Mäste fallen lassen und sich in einem Schreiben an die Maires der Grafschaft für die beiden separatistischen Candidaten, Durand und Roiffard de Bellet ausgesprochen. Sein Auftreten hat hier den höchsten Unmuth erregt. Die officiöse „Presse“ kündigt an, die Regierung werde die strengsten Maßregeln gegen ihn ergreifen.

[Bei der vorgestrigen Todtenfeier der Königin Marie Antoinette] in der Sühnkapelle des Boulevard Hausmann hat eine in tiefer Trauer gekleidete Dame ein unbeschreibliches Aufsehen erregt. Dieselbe glied auf ein Haar der unglücklichen Königin. Das Gesicht, die Unterlippen, die Farbe des Haars waren genau wie die der Tochter Maria Theresiens. Außerdem hatte die Dame die Haltung einer Königin. Man zerbrach sich den Kopf, wer wohl diese Unbekannte sein könne. Man behauptete, es sei die Entelin Naundorff, dessen Familie gegenwärtig im Haag ansässig ist.

[Wallfahrten.] Heute findet eine Wallfahrt der in Paris ansässigen katholischen Elsaß-Lothringer nach St. Denis statt, um für Frankreich und den Papst zu beten und ihre Huldigung dem heiligen Fuhrer darzubringen, der im Elsaß geboren wurde und über 30 Jahre in St. Denis lebte. Fuhrer war der erste Abt des Klosters zu Denis, Erzbischof des Hofes, Erzprieester von Frankreich und bei allen geistlichen und politischen Angelegenheiten seiner Zeit betheiligt. Bei der Wallfahrt werden nur Geistliche aus dem Elsaß mitwirken. Um 12½ Uhr wird der Abt Hartmann von Nordheim (Elsaß), erster Almosenier des Hotel Dieu zu Paris, die Messe lesen. Die Predigt hält der Abt Speis aus Sulzmat (Elsaß), gegenwärtig Vicar in Bourg-la-Reine bei Paris. Die Gesänge leitet ein Herr Schloffer, früher Musik-Professor im katholischen Collegium zu Strassburg und ehemaliger Capellmeister des Gesangvereins Orpheon dieser Stadt. Der Abt Rapp, Er-Generalvicar von Strassburg, wohnt der Feierlichkeit nicht bei. Derselbe ist nach Rom gepilgert, um, wie man den Elsaß-Lothringern mittheilt, „vom Engel des Vatican einen besonderen Segen für die Pilger von St. Denis und zum heiligen Fuhrer zu erhalten.“ — Der „Pelerin“, das officielle Organ der französischen Wallfahrer, giebt die Zahl der Pilger, welche 1873 die verschiedenen „heiligen Stätten“ Frankreichs besucht haben, auf etwa drei Millionen an. Die Zahlen sind sehr übertrieben; jedenfalls wurde der größte Theil derselben, die fast alle mehrere Wallfahrten mitmachen, doppelt, dreifach, vierfach und mehr gezählt.

[Königin Louise.] Die „Revue Politique“ veröffentlicht einen aus der Feder Leo Queßels stammenden Essay über das Leben der Königin Louise von Preußen. Diese Arbeit wird in hochgebildeten Kreisen sehr günstig besprochen. Trotz der Ereignisse von 1870 ist die Königin Louise einer der sympathischsten Sterne geblieben, die in Frankreich am deutschen Ruhmes-himmel leuchten.

Epinal (in den Vogesen), 17. October. [Zustände im Departement der Vogesen.] Das Departement der Vogesen, schreibt man der „R. Z.“, ist eines derjenigen, in denen der Druck von oben bei den Wahlen des 4. October sich am meisten geltend gemacht hat. In ähnlicher Weise, wie Herr v. Broglie im Departement der Eure mit allen Mitteln seinen Einfluß aufrecht zu erhalten sucht, macht Buffet, der Präsident der National-Versammlung, vergebliche Anstrengungen, den verlorenen Einfluß im Vogesen-Departement wiederzugewinnen. Der neue Präfect von Epinal ist ein Vetter Buffet's und wurde von diesem aus der Stellung eines Unterpräfecten in Havre in die Präfectur der Vogesen hinübergeschmuggelt. Er hat Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um für eine erfolgreiche Candidatur Buffet's einen günstigen Wahlkreis ausfindig zu machen. Einen Augenblick lang begte er die Hoffnung, daß sein Vetter vor den Augen der Wähler des Cantons Epinal Gnade finden würde, denn die Landleute dieses Bezirks sind als die reactionärsten in den Vogesen bekannt. Trotzdem machten sie gegen diese officielle Candidatur so einmüthig Front, daß der Präfect nichts Besseres zu thun wußte, als eine im Lande bekannte Persönlichkeit, Herrn Christophle, dem republikanischen Candidaten entgegenzustellen. Wenn man sich den ungeheuren Einfluß vergegenwärtigt, dessen sich Buffet unter der Bevölkerung der Vogesen seit dem Tage, an dem er als Oppositions-Deputirter gegen das Kaiserreich zum ersten Mal in die Kammer erwählt wurde, bis zum 24. Mai 1873 andauernd erfreut, so begreift man erst recht, wie weit die Unpopularität der Leiter des Septenniums auch in diesen Gegenden um sich gegriffen hat. Der erwähnte Präfect hat trotzdem nichts veräumt, seinem Vater und Protector den Sieg zu verewigern. Er hatte noch ganz kurz vor den Wahlen die einzige republikanische Zeitung im ganzen Departement, das „Memorial des Vosges“, unterdrückt. Er hatte die gesamte Presse seinem Scepter unterworfen, und die dienstfertigen Organe des Tyrannen im Kleinen benutzten die Sachlage, um ohne Scham und ohne Scheu alle unabhängigen Candidaten mit Schmutz zu bewerfen. Kurz, niemals, selbst unter dem zweiten Kaiserreich, hat die Bevölkerung der Vogesen eine so willkürliche Verwaltung zu erdulden gehabt. Es ist ein beständiger kleiner Guerrillakrieg zwischen dem septennalistischen Präfecten und den Einwohnern. Der erstere hat vor Kurzem seiner Handlungsweise die Krone aufgesetzt durch einen Act der größten Intoleranz, gegen den ganz Epinal sich auflebte. Es handelte sich darum, eine religiöse Feier zum Gedächtniß der im Kriege gefallenen Soldaten zu begehen. Die Damen von Epinal hatten ein Comité gebildet, welches die Leitung der Feierlichkeit in die Hand nehmen sollte. Der Präfect versprach seine sowie aller bürgerlichen und militärischen Behörden thätige Mithilfe, und so ließ Alles sich zum Besten an, als plötzlich derselbe Präfect die Erklärung abgab, daß er weder selbst der Ceremonie beiwohnen noch auch den Regierungsbeamten und der Militär-Kapelle die Theilnahme gestatten würde. Und was war der Grund dieses plötzlichen Umschwunges? Der Herr Präfect, Baron von Foucauld, hatte erfahren, daß sich unter den an der Spitze des Unternehmens stehenden Damen auch eine Schwester des Chef-Redacteurs des „Memorial des Vosges“, des von ihm unterdrückten Blattes, befand. Vortommnisse dieser Art wiederholen sich beinahe täglich. Ad uno disce omnes! Das Endresultat muß dann wohl nothwendig jene Unpopularität der Regierung Mac Mahons sein, die in der von Unabhängigkeitsgefühl und Haß gegen alle Willkür erfüllten Vogesen-Bevölkerung nicht am wenigsten Fortschritte unter den französischen Departements gemacht hat.

Provincial-Beitung.

* **Breslau, 21. Octbr.** [Zur General-Versammlung schlesischer Katholiken.] Die in der Versammlung vom 20. Oct. en bloc angenommenen 8 Resolutionen lauten nach der „Schles. Volksztg.“ folgendermaßen:

I. Die General-Versammlung schlesischer Katholiken erklärt dem Papste, als dem von Christus gesetzten Oberhaupt der gesamten Kirche, unerschütterliche Treue und seinem unfehlbaren Lehramte in Sachen des Glaubens und der Sitten unüberbrücklichen Gehorsam.

II. Die Generalversammlung erklärt, keinen Bischof als rechtmäßig anzuerkennen zu können und zu wollen, der nicht mit dem apostolischen Stuhle, als dem von Gott gesetzten Mittelpunkt der kirchlichen Einheit, in Verbindung steht; desgleichen erklärt sie, zu ihrem rechtmäßigen Bischof in gewissenhafter Treue stehen zu wollen.

III. Die Generalversammlung erklärt, daß durch die Ausnahme-Gesetze, welche über Bischöfe und Priester verhängt sind, auch das katholische Volk auf das Schmerzlichste getroffen ist, und befragt diese Gesetze als dem Frieden und der Wohlfahrt des gemeinsamen Vaterlandes verwerblich.

IV. Angesichts des Geistes, welcher die neuere Unterrichts-Gesetzgebung durchdringt, fordert die Generalversammlung die katholischen Eltern auf, mit erhöhter Anstrengung den katholischen Glauben im Heiligtum der Familie zu erhalten und zu beleben und die Bestrebungen der katholischen Erziehungsvereine zu unterstützen.

V. Die Generalversammlung der schlesischen Katholiken protestirt im Interesse der Religion und des Unterrichts gegen die Verdrängung der polnischen Muttersprache aus den katholischen Schulen.

VI. Angesichts der Entartung, welche den größten Theil der heutigen Presse kennzeichnet, erklärt es die Generalversammlung für eine Pflicht aller Katholiken, dem Einfluß kirchenfeindlicher Blätter nach Kräften zu steuern und für die Verbreitung guter katholischer Zeitungen, Zeitschriften und Bücher eifrig zu sorgen. In letzterer Beziehung empfiehlt die Generalversammlung die Einführung und Verbreitung des „Correspondenzblattes“ in Schlesien.

VII. Gegenüber den vielen und einflussreichen Bestrebungen, den Glauben der Katholiken zu untergraben und die öffentliche Meinung über die Bedeutung des gegen die Kirche und ihre Institutionen geführten Kampfes zu verwirren, erklärt es die Generalversammlung für dringend nothwendig, an allen Orten, wo dies irgend erreichbar ist, katholische Volksvereine zu gründen.

VIII. Den in materieller wie religiös-moralischer Beziehung vorhandenen Nothständen eines großen Theiles der Arbeiterbevölkerung widmet die General-Versammlung ihr aufrichtiges Mitgefühl. Um jene Nothstände im Einzelnen zu erkennen, und nach Möglichkeit zu heilen, erklärt sie es als ein dringendes Bedürfnis der Zeit, neben der weiteren Verbreitung der bisher schon bestehenden Lehrlings-, Gesellen- und Meistervereine christlich-soziale Arbeitervereine zu errichten. Zugleich empfiehlt die Generalversammlung die in Wachen erscheinenden „christlich-sozialen Blätter“ und den Münchener „Arbeiterfreund“.

H. Breslau, 21. Octbr. [Versammlung schlesischer Katholiken.] Die zweite öffentliche Versammlung, welche gestern Abend abgehalten wurde, eröffnete der Vorsitzende Graf Ballesire um 7 Uhr, indem er Mittheilung über den Besuch machte, den er gemeinsam mit einigen anderen Herren dem Herrn Fürstbischof am Vormittag gemacht. Dieser sei noch sehr angegriffen gewesen von dem ihn betroffenen Unfall, der nach seiner Erzählung in der That der Art gewesen, daß der Herr Fürstbischof nur durch ein Wunder dem Tode entronnen. Trotzdem habe derselbe den bringenden Wunsch gehabt, noch heute in der Versammlung zu erscheinen und den Versammelten seinen bischöflichen Segen zu ertheilen; nur das bringende Verbot seiner Ärzte vermochte ihn darauf zu verzichten. Derselbe lasse herzlich danken für alle Theilnahme und Liebe, welche ihm ausgedrückt worden.

Demnach berichtete der Vorsitzende über ein aus Königsbrunn eingegangenes Begrüßungs-Telegramm und erinnerte sodann nochmals an die heut stattfindende Fahrt zum Grabe der heiligen Hedwig. Sodann hielten Vorträge Kaplan Schirmeisen aus Neuthein: „über das patriotische und katholische Oberschlesien“, Kaufmann Rittweger: „über die sociale Frage“ und Vicential Wüde: „über den Papst“.

Indem wir uns über den ersten und dritten Vortrag weiteren Bericht vorbehalten, geben wir in Nachfolgendem eine Skizze des Rittweger'schen Vortrages über die sociale Frage. Er habe, führte der Redner aus, nach dem gehörten bereits Vorträge eine um so schwieriger Aufgabe, als das Thema, welches ihm von dem Comité zur Aufgabe gestellt worden, ein sehr trodenes und ein solches sei, welches die Mithere der Gegenwart zeige.

Die sociale Frage, fuhr er sodann fort, ist neueren Datums. Sie ist aus der Revolution von 1789 hergeleitet. Die Ideen dieses Jahres und die Etablierung des Liberalismus im dritten Stande, der Bourgeoisie, finden ihre Consequenz im Jahre 1871 in den Tagen der Pariser Commune.

„Unsere moderne Gesetzgebung hat durch Gewerbe, Bucherfreiheit, durch Freizügigkeit im Christenthume zusammengeschaffen Ideen des Handwerkersstandes wenn nicht ruiniert, so doch ihnen einen entscheidenden Lebensenergie entzogen. Durch die Industrie, die Erfindung der Dampfmaschine, ist der Handwerkerstand speciell fast ganz aufgehoben worden.“

„Die Anhäufung des Capitals in engen Grenzen, die Ausbeutung der Massen durch das Capital haben es bewirkt, daß die Arbeiter, die früher im Handwerkerstande so ungeborener Blüthe gekommen waren, in das sociale Elend hineingetrieben worden sind; die confessionslose Schule hat den Arbeitern die Ideen des Christenthums entzogen, und so haben sie sich bereit um auf andere Weise zur Macht zu kommen.“

„Die sociale Frage ist eine dreifache: eine Seelenfrage, eine Frage der Wirtschaftlichkeit und eine practische Frage.“

„Sie ist insofern eine politische, als die Internationale, deren Ausbruch ja die meiste Bedeutung verdient, durch ein festes System zur politischen Macht gelangen will. Sie will die Erbschaft antreten, wenn es mit dem Liberalismus einstmals zu Ende sein wird.“

„Wie haben wir nun den ungeheuren Schwierigkeiten, welche die Frage bietet, entgegenzutreten?“

„Auch im Liberalismus macht eine Strömung sich geltend, welche bereits den fürchterlichen Feind der Commune heranwachsend sieht; es ist aber die Frage, ob die Herren Katheder-Socialisten und Manchestermänner im Stande sein werden, die sociale Frage zu lösen. Auf diese Frage giebt es nur eine Antwort: Nein! Nur das Christenthum ist lieblich genug, um die Arbeiter zur Vernunft zu bringen. Wenn die Kirche das aber soll, dann muß sie im Staate ihren Freund finden. (Bravo!) Dann müssen christliche Ideen die staatlichen Einrichtungen durchdringen, dann müssen die Kinder in den Schulen christlich erogen werden (Bravo!), dann müssen die Arbeiter dahin erzogen werden, daß sie in der Arbeit eine Gnade finden. (!)“

„Und doch nimmt gerade jetzt die moderne Staatseinrichtung die christliche Idee nicht zur Richtschnur der Erziehung der Arbeiter. Durch den Polizeistod will man der heranwachsenden Internationalen entgegenzutreten, aber man vergißt, daß die Internationale mit Bajonetten umzugeben versteht. Mit dem Polizeistod in der Hand verhöhnt man die Arbeiter nicht, wenn man sie nicht christlich erzieht. Die moderne Gesetzgebung in ihrer Welt sucht Mittel zu finden, mit denen den Arbeitern entgegenzutreten ist. Man spricht immer viel von Freiheit. Die erste Freiheit, die der Mensch haben muß, ist die Freiheit des Gewissens, ist die Freiheit der Eltern auf ihre Kinder (lauter, wiederholter Beifall). Die moderne Gesetzgebung sucht sich aber gleich von Geburt an, das Kindes zu bemächtigen.“

„M. H.! Ich bin begeistert für die Idee des Schulzwanges, ich erkenne an, daß gerade durch die Schule unser Volk groß geworden, aber auf der anderen Seite tritt doch die Frage an uns heran: Was ist wichtiger, die Bildung des Verstandes, oder die Rettung der unsterblichen Seele? (Bravo!) Da kommt aber wieder die Behörde, nimmt dem Arbeiter das Kind und schiebt es in die confessionslose Schule, das Kind wächst auf ohne Glauben, und ohne Begriff von Eigenthum, ohne Achtung vor der Autorität.“

„Bevor ich auf die Frage eingehe, welche Stellung wir, als katholische Christen zur socialen Frage einnehmen müssen, will ich nur auf einen Punkt aufmerksam machen.“

„Man hält uns für Reichsfeinde und stellt uns in eine Kategorie mit den rothen Internationalen. Es ist das abgeschmackt, aber selbst das Abgeschmackteste findet gläubige Nachbeter. Die Presse ist es heutzutage, die für den nationalen Philister zu denken übernommen hat, alles, was sie denkt, betet er nach, und glaubt fester daran als an Bibel und Koran.“

„So ist es denn auch möglich geworden, daß man uns mit den Internationalen auf eine Stufe stellt. Diese abgeschmackte Idee findet schon darin ihre Widerlegung, daß der katholische Adel und die Leute der Internationalen nicht intime Freunde sein können.“

„Der katholische Christ glaubt, und die Kirche lehrt es, daß die menschliche Gesellschaft auf den drei Grundpfeilern: Gott, Auctorität und Eigenthum aufgebaut ist. Der erste Artikel der Internationalen lautet aber: Es giebt keinen Gott, Gott ist das Uebel — und er plaidirt für Abschaffung des Cultus und der Ehe. Denn mit solchen Ideen, mit solchen Personen sollen wir, die wir an Gott glauben, die besten Brüder sein!“

„Die katholische Kirche hat die 10 Gebote als Grundgesetz, auf das alle anderen Gesetze zurückkommen. Die Internationale will aber keine Familien-Gemeinde, keine Obrigkeit, kein Vermögen und keine.... Soldaten.“

„Die Internationale sagt ferner: Eigenthum ist Diebstahl — und die Pariser Commune hat gezeigt, daß man auch nach diesem Grundsatze handelt.“

„Die sociale Frage kann nur durch das Christenthum, durch die christliche Liebe, die christliche Caritas gelöst werden, nur wenn wir wieder Klöster haben. Ein einziger Graf, der freiwillig die Armut annimmt, thut für die Lösung der socialen Frage mehr, als alle Reden und Behauptungen der Herren Katheder-socialisten (Bravo!).“

„Es ist Pflicht eines Jeden, der die Zeit, die Möglichkeit und die Fähigkeit dazu hat, sich mit der socialen Frage zu beschäftigen, aber dieselbe nachzudenken und die christlichen Ideen zu den Ideen der menschlichen Gesellschaft zu machen.“

„M. H. Wir haben, was in Oesterreich nur nach einer Niederlage möglich war, in Preußen nach den glänzendsten Siegen die unbedingte Gewerbe-freiheit, die Freiheit der Concessionen, der Gründungen erhalten, aber alle diese Ideen sind nur durch den Grundhaß herbeigeführt, daß der Profit des Einen der Schaden des Andern ist. Dadurch ist allmählig so viel Capital in die Hände Weniger gekommen, daß die Internationalen vollkommen Recht haben, wenn sie sagen, in wenig Jahren werde es nur noch Arme und Reiche geben.“

„In Bezug auf die wirtschaftliche Bedeutung der socialen Frage ist mit Nebenarten und schönen Worten nicht viel gethan. Hieran laboriren wir Katholiken schon lange, wir haben an einzelnen Orten große Erfolge gehabt, aber zu einem bestimmten System haben wir es noch nicht gebracht.“

„Ich bin weit davon entfernt, die früheren Zustände des Handwerkersstandes, die Zünfte etc. wieder herzustellen, aber was davon noch existirt, muß conservirt werden. Was in Bezug auf die wirtschaftliche Seite der socialen Frage geschehen muß und geschehen kann, das hat uns der geistliche Rath Müller in Berlin, unser „lieber Vicar“, gezeigt. Er hat sich des Handwerkersstandes angenommen, hat die katholischen Handwerker unter sich und dem katholischen Publikum bekannt gemacht. Mit kleinen Mitteln hat er

angefangen in dem nunmehr geschlossenen Meistervereine, der schon im vorigen Jahre einen Umlauf von 12,000 Thlr. hatte und ein Segen für den kleinen Handwerker war. Wie der geistliche Rath Müller die sociale Frage zu lösen sucht, so machen auch Sie es. Schaaßen Sie sich um Ihre Priester, nehmen Sie irgend einen Heiligen als Schutzpatron, gründen Sie kleine Genossenschaften und nehmen Sie sich Schulze-Dehliß, dessen Grundsätze wir freilich nicht durchweg billigen, aber eminente Verdienste um die Gesellschaft sich erworben, zum Vorbilde, und Sie werden ganz entschieden der socialen Noth entgegenzutreten und den vollständigen Ruin des Handwerkerstandes aufhalten.

„Was haben wir Katholiken nun den socialen Arbeitern gegenüber zu thun? Diese werden von den Arbeitgebern — ich spreche nicht von allen, aber im Großen und Ganzen — als Maschinen vollständig ausgenutzt. Als im vorigen Jahre die Manchestermänner in Wien zusammen waren, wurde eine Resolution eingebracht, welche dahin ging, daß wenn der Arbeiter nicht mehr Arbeiten könne, er in ein allgemeines Arbeitshaus gebracht werden solle, damit dort seine letzten Kräfte noch zum Besten der Fabrikanten und der Communal-Verwaltungen ausgenutzt werden (Pstul). Dieses „Pstul“, m. H., hat auch Oeist, der doch sonst nicht gerade so ungeheuer viel Herz zeigt, ausgerufen; er hat den Gedanken entschieden zurückgewiesen. Die Resolution ist auch nicht durchgegangen, aber Sie sehen, bis zu welchem Grade der Schamlosigkeit die Manchestermänner es zu bringen im Stande sind.

„Was fangen wir nun mit den Arbeitern an? Schon im Jahre 1863 hat der jetzige altkatholische Stiftpfropst Döllinger sich mit dieser Frage beschäftigt und dem deutschen Episkopat empfohlen, sie auch in den geistlichen Seminaren behandeln zu lassen, um den Clerus zur Lösung derselben zu befähigen. Die Idee ging wieder verloren. Erst später wurde auf einer katholischen-Versammlung die Resolution angenommen, christlich-socialer Arbeitervereine zu gründen, die den Arbeiter befähigen, nöthigenfalls auch dem Arbeitgeber gegenüber Stellung zu nehmen.

„Der Arbeitgeber muß ein christliches Herz für seine Arbeiter haben und wir finden diese Liebe zum Arbeiter auch bei vielen katholischen Arbeitgebern, auch wohl bei Andersgläubigen. Aber es ist diese Liebe wiederum oft auch nicht vorhanden, haben Sie aber christlich-socialer Arbeitervereine, in denen die Arbeiter vom Lesen schlechter Bücher, von Spiel und Trunk ab, zur Gründung von Pensions-, Unterstüßungs-, Sterbelassen angehalten werden, so schaffen Sie sich damit eine Macht, vor der auch der nicht christliche Arbeitgeber Respekt haben wird.

„Die Frage der christlich-socialen Arbeitervereine ist im Jahre 1869 auf der Düsselborfer Katholiken-Versammlung behandelt worden, die nachfolgenden Ereignisse haben ein weiteres Eingehen auf dieselbe unmöglich gemacht; ich möchte es aber als die Pflicht sämtlicher Katholiken machen, überall die Gründung localer und territorialer christlich-socialer Arbeitervereine in die Hand zu nehmen. Die Geistlichen, als die Lehrer und Erzieher des Volkes, haben die Pflicht, solche Vereine zu gründen und zu leiten, und sie werden nicht einwenden dürfen, daß sie dazu die Zeit und die Mittel nicht besitzen. Die Juristen, die Ärzte und vor Allem der katholische Adel haben die heilige Pflicht, sich um die sociale Frage zu kümmern. (Bravo!)

„Ich möchte, um die Idee der Arbeitervereine noch mehr zu verwirklichen, Ihnen vor Allem die Gründung von Bruderschaften vorschlagen. Es ist dies keine neue Idee, sie ist eine altchristliche.

„Und nun komme ich zu den ländlichen Verhältnissen. Auch hier ist eine Noth eingetreten, theilweise durch die große Macht der Industrie, durch die Freizügigkeit, und unter den Grundbesitzern dadurch, daß sie auf kleinen Ackerstücken nicht mit den gleichen landwirtschaftlichen Maschinen arbeiten können, wie dies der Großgrundbesitzer im Stande ist. Aber wenn dies auch als richtig zugegeben werden muß, so ist doch ebenso richtig, daß der kleine Grundbesitzer dem gegenüber auch nicht in die Lage kommt, unnütze Versuche und Experimente zu machen und daß er sehr wohl in der Lage ist, sich auf dem Wege der Association die erforderlichen Maschinen zu verschaffen.

„Was nun die ländlichen Arbeiter betrifft, so werden die Herren Grundbesitzer wohl am besten selber wissen, was sie zu thun haben; vor allen Dingen werden sie darauf zu sehen haben, daß das weibliche Geschlecht zur Sittlichkeit angehalten, daß die Kinder christlich erzogen werden.

„Ich komme zum Schluß. Der freireligiöse Prediger Uhlich hat unter sein Bild geschrieben: Es ist Zeit, daß die Christen wieder Menschen werden! Ich möchte dieses Motto dahin ändern: Es ist Zeit, daß die Menschen wieder Christen, wahre Christen werden.“ (Lebhafter Beifall.)

Sie auf ließ der Vorsitzende eine Pause von 15 Minuten eintreten, nach deren Ablauf er ein Telegramm aus Neisse mittheilte und daran bemerkte: m. H. Wir haben eine Reihe schöner, kräftiger katholischer Reden gehört. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Samen, der durch dieselben in die Herzen des Volkes gestreut wurde, herrlich aufgehen wird. Um aber das in vielen Reden Bernommene vor aller Welt frei und offen, wie wir es gewohnt sind, zu betonen, sind eine Reihe von Resolutionen gefaßt und im vorbereitenden Comite und in den Ausschüssen mehrfach beraten worden. Es bleibt nur noch übrig, sie Ihrer Beifügung zu unterbreiten. Ich schlage vor, diese Resolutionen, deren acht sind und die ich Ihnen jetzt mittheilen werde, wenn Sie mit denselben einverstanden sind, en bloc und durch Acclamation anzunehmen. (Die Resolutionen sind in vorliegendem Artikel mitgetheilt.)

Die Versammlung nahm sämtliche Resolutionen per Acclamation an.

Darauf folgte der Vortrag des Herrn Licentiat Müde, über den wir später berichten, und nach dessen Beendigung der Vorsitzende das Wort ergriff, um den Schluß der Verhandlungen zu proclamiren. Derselbe warf zunächst einen eingehenden Rückblick auf den Inhalt der gehaltenen Vorträge, und sprach dann dem Comite, das die einleitenden Schritte für die Berufung der Generalversammlung gethan, den Dank der Versammlung aus, indem er die Anwesenden ermahnte, sich von ihren Plätzen zu erheben. Dies geschah.

Nachdem Graf Vallestrem demnachst aus des durch Krankheit von der Teilnahme an der Versammlung abgehaltenen Dr. Rosenthal gedachte, sprach er die Hoffnung aus, daß der katholischen Kirche aus den Verhandlungen reicher Segen erwachsen möge, daß im nächsten Jahre wenigstens 15 neue Volksvereine bestehen mögen, daß künftig im ganzen Regierungsbezirk Oppeln nur Ultramontane werden gewählt, daß dann auch die Kreise Reichenbach und Neudorf zu Oppeln gehören werden, daß Glatz seinen neu erworbenen Ruhm sich erhalten werde.

Ebe der Vorsitzende die Versammlung schloß, erhielt Dr. Franz noch einmal das Wort. Derselbe forderte die Versammlung auf, dem Vorsitzenden für seine ausgezeichnete Leitung der Verhandlungen ihren Dank durch ein dreifaches Hoch auszusprechen. Die Versammlung kam der Aufforderung begeistert nach, der Vorsitzende dankte und schloß sodann die General-Versammlung schlesischer Katholiken.

„[Zur General-Versammlung schlesischer Katholiken.] Nach der gestern Abend im Schieferwerder beendeten Sitzung begab sich eine Anzahl Theilnehmer, geführt von Mitgliedern der katholischen Studentenverbindung „Unitas“, nach der Subr'schen Restauration auf der Matzpfadstraße, um hier die Sitzung bei dem bekannten einen Seidel, dessen Wirkung, wie die „ungeheure Heiterkeit“ documentirte, nicht lange auf sich warten ließ, fortzusetzen. Dieser (allerdings nicht geistlichen Inhalts) wechselten in bunter Reihenfolge mit Toasten, die sich stets eines allgemeinen Applauses zu erfreuen hatten, und hielten die Versammlung bis in die späten Nachstunden gefesselt. Leider konnten wir von dem Inhalt der Toaste nichts vernehmen, da das Local für „Uneingeweihte“ hermetisch abgeschlossen war.

— ch. Görlitz, 19. October. [Wasserwerk. — Tonnenabfuhr. — Bürgermeisterwahl. — Synodalfragen. — Verein zur Fürsorge für aus Strafanstalten Entlassene.] Die Vorarbeiten für das städtische Wasserwerk sind in eine neue Entwidelungsphase getreten. Nachdem nunmehr der Sammelbrunnen mit Hilfe der Sandpumpe vollendet und eine Centrifugalpumpe nebst Locomobile aufgestellt ist, hat das Auspumpen des Brunnens begonnen. Das Wasser wird etwa 20 Fuß gehoben und dann in einer hölzernen Rinne dem nächsten Wassergraben zugeführt, der dasselbe in die Reisse gelangen läßt. Vorläufig ist das Wasser noch schmutzig gelbbraun. Zu Anfang hat die Pumpe etwa 80 Cubikfuß in der Minute aus dem Sammelbrunnen gehoben, später etwas weniger. Es wird nun darauf ankommen, ob der Wasserzufluß in den Brunnen nachhaltig genug ist. Die Tonnenabfuhr, welche nach langen Verhandlungen zwischen Magistrat und Stadtverordneten endlich eingeführt ist, war am vorigen Freitag durch einen Beschluß der Stadtverordneten wieder in Frage gestellt. Bis zu der Uebernahme der Abfuhr durch die Herren Schuster u. Wilhelm, welche erst eintritt, wenn 500 Tonnen in der Stadt in Gebrauch sind, hat die Stadt die unentgeltliche Abfuhr der Tonnen übernommen und zahlte dafür ziemlich hohe Preise. Die Nachforderung einer Summe zur Bestreitung der Abfuhr wurde nun Seitens der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt, doch nahm die Versammlung ihren Beschluß noch in derselben Sitzung zurück, da ihr nachgewiesen wurde, daß die Stadt auf Grund der eingegangenen Verträge in zahllose Prozesse verwickelt werden würde, wenn die Abfuhr plötzlich sistirt würde. Aus dem ersten Beschlusse ersieht man, daß die Tonnenabfuhr bis jetzt noch keine Popularität gewonnen hat, was zum Theil auch seinen

Grund darin haben mag, daß sich der Abschluß der Verträge zwischen der Stadtgemeinde und den Herren Schuster u. Wilhelm in Folge neuerdings den Letzteren aufgestellten Bedenten verzögert hatte. Da jetzt die amtliche Bekanntmachung wegen Anlegung der Poudretzfabrik erlassen ist, müssen die Bedenten gehoben und die Verträge vollzogen sein. — Die Bürgermeisterwahl hat noch immer nicht stattgefunden; Einer der Bewerber, der voraussichtlich die meisten Aussichten gehabt haben soll, ist dem Vernehmen nach zurückgetreten. — Das hiesige „Evangelische Kirchenblatt“, das Organ des evangelischen Gemeinde-Rathes, fordert eine der Seelenzahl der Gemeinden entsprechende Vertretung schon auf der untersten Stufe des synodalen Aufbaues, den Kreis-Synoden. Die Seelenzahl der evangelischen Gemeinde zu Görlitz betrug im Vorjahre 37,581, die der Evangelischen im Landkreise Görlitz 12,426. Nichtsdestoweniger entsendet der Landkreis zur Kreisynode 27 Deputirte, die Stadt nur 13, das heißt also: auf dem Lande kommt auf 460 Seelen ein Deputirter, in der Stadt auf 2900. Das ist, wie das „Ev. Kirchenblatt“ mit Recht bemerkt, ein schreiendes Mißverhältnis und es wird auch nicht viel besser, wenn man die Zahl der Communicanten zum Maßstabe nehmen und die engere Abendmahls-Gemeinde als allein zur Vertretung berechtigt ansehen wollte, denn im Vorjahre hatte die Stadt 8,634, das Land 10,866 Communicanten; selbst nach diesen Zahlen müßte die Stadt 21 Vertreter unter den Synodalmitgliedern haben. Dies Mißverhältnis, welches im hiesigen Synodalkreise vorhanden ist, tritt in allen größeren Städten zu Tage. Es ist die einfache Folge davon, daß man mit wenigen Ausnahmen den Gemeinden nur ebensolche Laienvertreter zugesprochen hat, als sie Geistliche in dieselben senden. Dies Princip muß aufgegeben werden, wenn die evangelische Kirchenverfassung einen gedeihlichen Fortgang haben soll. — Der hiesige Verein zur Fürsorge für aus Strafanstalten Entlassene hat im vorigen Vereinsjahre im Ganzen 35 Personen seine Fürsorge gewidmet. Von ihnen haben sich 12, nämlich 9 männliche und 3 weibliche Entlassene der Fürsorge ohne Abmeldung entzogen. Dagegen ist die Führung von 4 Männern tadellosgewesen und von 6 Männern und 2 Mädchen so, daß auf ihr ferneres Wohlverhalten gehofft werden darf. Als nächste Aufgabe des Vereins ist die Errichtung eines in sittlicher Beziehung gefahrlosen Obdach für entlassene weibliche Gefangene hingestellt.

△ Steinau a. D., 19. October. [Alterszulagen. — Bahnhof-Angelegenheiten.] Die königl. Regierung zu Breslau hat laut Verfügung vom 29. September c. die hiesige Kreissteuerfasse zur Zahlung der erhöhten Alterszulagen für 38 Lehrer des hiesigen Kreises pro 1874 angewiesen. Es erhalten hiernach 14 Lehrer je 60, 12 Lehrer je 45, 9 Lehrer je 30 und 3 Lehrer je 23 Thlr. — Zur Erläuterung der Ungleichheit der zu zahlenden Beträge bemerken wir, daß nach den Anordnungen des Hrn. Ministers vom vollendeten zwölften bis zum vollendeten zwanzigsten Dienstjahre eine Alterszulage von 30 Thlr. und darüber hinaus eine Alterszulage von 60 Thlr. gewährt wird, daß ferner denjenigen Lehrern, welche bereits sogenannte Bedürfniszulagen (persönliche Zulagen) beziehen, ein entsprechender Theil der letzteren auf die zu empfangenden Alterszulagen hat in Anrechnung gestellt werden müssen und zwar in der Weise, daß die Bedürfniszulage den mit 60 Thlr. und resp. 30 Thlr. Alterszulage zu bedienenden Lehrern in Höhe von 15 resp. 7 Thlr. angerechnet worden ist, daher die betreffenden statt 60 nur 45 Thlr., statt 30 nur 23 Thlr. empfangen konnten. Im Ganzen gelangten pro 1874 im hiesigen Kreise 1719 Thlr. Alterszulagen zur Anweisung resp. Auszahlung. — An Stelle der in unserem letzten Bericht erwähnten gesprungenen Perronglocke ist nunmehr an hiesigem Empfangsgebäude eine neue angebracht worden. Die Plasterung zwischen Güterkuppeln und Empfangsgebäude schreitet rüstig vor und dürfte in einigen Wochen das nach der Stadtheite gelegene Terrain für den bequemeren Verkehr mit Fußwerk hergestellt sein. Sehr zu bedauern ist, daß der Steinauer Bahnhof vorläufig keine Aussicht hat, durch eine Gartenanlage, wie man sie an den meisten Orten findet — gesiezt zu werden; erst nach Ausfüllung der zwischen dem Brunnen und dem neugebauten Beamtengebäude gelegenen Vertiefung könnte etwas Bedeutenderes geboten werden. Auch an hiesigem Bahnhofsbrennen sind nach den Bestimmungen des Hrn. Ministers drei mittelst Ketten besetzte Trichtergläser angebracht worden.

X. Neumarkt, 19. October. [Tages-Ereignisse.] Am 17. d. Mts. fand eine Alarmirung der freiwilligen Feuerwehr statt, welche den Zweck einer Uebung am neuen Kreisständebause haben sollte. Sämtliche Spritzen wurden in Thätigkeit gebracht. Man machte den Versuch auf größtmögliche Entfernung die Spritzen aufzustellen und die Schläuche bis nach der fingirten Brandstätte zu legen, um sodann die Druckkraft auf diese Entfernung zu ermitteln. Die Entfernungsdes Kreisständebause bis zum „Gesprenge“, unsere städtische Wasserliefer-Quelle, beträgt etwa 600 Schritt. Das Resultat war befriedigend. Die Steiger-Uebungen wurden sehr gut ausgeführt. Die ganze Uebung dauerte gegen 1½ Stunden. Ferner sollen an unsere städtischen und andern Wasserbehälter Tafeln angebracht werden, welche die Tiefe des Brunnens und den Wasserstand angeben, damit bei Feuer-Ausbrüchen am Orte die Feuerwehr sofort weiß, wie tief sie die Sauer der Spritzen und zwar so zu senken hat, daß dieselben noch einen Fuß über dem Grunde des Wasserbettes schweben und das Verschleppen der Deffnung der Sauer verhindern. Letztere werden dann ebenfalls mit Maßzeilen versehen. Die alten Spritzen sollen künftig zu Transporteuren des Wassers dienen, um den Druck zu vermehren und ein höheres Werken des Wasserstrahles zu bewerkstelligen. Unsere Feuerwehr nimmt augenblicklich einen thätigen Aufschwung. — Ferner fand am Sonnabend, den 17. d. Mts., eine seltene Feier statt, die wohl verdient, registriert zu werden, nämlich die Feier des 50jährigen Meister-Jubiläums der Schuhmacherei Rosbacher und Fengler. Die Feier begann Abends gegen 7 Uhr mit einem großen Fackelzug, der sich zuerst nach der Wohnung des einen Jubilars, des Obermeisters Rosbacher bewegte. Dort angelangt, hielt der Schuhmacherei-Meister Flechner an den Jubilar eine Ansprache, worauf der Betreffende seinen Dank über die ihm gedachte Donation äußerte. Dasselbe geschah hierauf bei dem Jubilar Fengler. Sodann bewegte sich der Zug nach dem Vereins-Locale, dem Sale des hiesigen Schiefhauses, wo fast sämtliche hiesige Schuhmacherei-Meister an dem folgenden Tanz und ferneren Feier Theil nahmen. Unser Bürgermeister überreichte nach Ablegung des Festbottes den Jubilaren im Namen der Innung, und zwar dem Obermeister Rosbacher (einem geborenen Tiroler) ein prächtiges Stammeidel mit silbernem Deckel und worauf von Silber die Germania angebracht war und dem Meister Foh. Fengler eine schöne Friedenspeise mit den entsprechenden und recht zu Herzen gegangenen Ansprachen. Die beiden noch sehr rüstigen Jubilare, waren an diesem Abende noch einmal jung geworden und sahen bekräftigt wirklich bedeutend jünger aus, als sie sind; der Jubilar Fengler im 75. Lebensjahre, besitzt noch ganz dunkles Haar, seine ebenfalls noch lebende Frau ist bei ihrem 81. Lebensjahre noch recht rüstig. Die beiden Jubilare sind am 18. October 1824 Meister geworden, das eigentliche Jubiläum traf also auf kommenden Tag. Ein Jahr vorher feierten sie das 50jährige Bürgerjubiläum. Schönste Harmonie und Heiterkeit hielt die Gesellschaft noch lange bestimmen. Das wirklich gut arrangierte Fest ist von dem Schieferwerder des Jubilars Fengler, dem durch verschiedene Arrangements bekannten Schuhmacherei-Meister Carl Drobog von hier veranstaltet und ausgeführt worden. Am andern Morgen erfolgte durch den Beigeordneten des Magistrats als Commissarius, Herr Apotheker Martin und dem Innungs-Vorstand die üblichen Beglückwünschungen. Seit wenigen Jahren erleben wir hier 4 solcher Jubiläen, das der Meister Wunder, Siller und der Obengenannten und künftiges Jahr das des Meisters Friemelt. — Gestern erlangte sich hier in einem Anfälle von Schwermuth der Schuhmacherei-Marschall. Ebenso in einem Anfälle von Schwermuth ein Arbeiter von 16 Jahren in Lobetitz.

— o — Kreuzburg OS., 19. October. [Mysteriöses. — Kirchenweihe und neues Kloster der „Barmherzigen Brüder.“] Gestern sah man bedeutende Menschenmassen in verschiedener ländlicher Tracht durch unsere Stadt ziehen. Ihr Ziel war das circa ¼ Meilen von hier entfernte Dorf Kraslau, wo eine Kirche eingeweiht wurde. In benanntem Dorfe lebt nämlich seit circa 3 Jahren eine schlichte Einliegersfrau, welche in dem Aulse steht, ein wunderthätiges Marienbild zu besitzen und damit wunderbare Heilungen zu bewirken. Diese Leichtgläubigkeit erstreckt sich nicht etwa nur auf den obersteichsten Landbewohner, sondern dringt bis über die Grenzen Belgiens und berührt oft ganz vornehme Familien, so daß hier fast jeder Eisenbahnzug solche Pilger mitbringt, welche in den verschiedensten Leiden die Hilfe dieser Frau, für sich oder die Angehörigen suchen. Diefelbe giebt gewöhnlich dem Kranken Gebete, welche Letzterer nach ihrer Anordnung zu verrichten hat. Für diese Dienstleistung beansprucht sie keine Entschädigung, ist dagegen bereit, eine Opfergabe für kirchliche Zwecke einzunehmen, welche sie bisher mit einer wirklich staunenswerthen Uneigennützigkeit verworfen. Man wird es kaum glauben, daß das auf solche Weise angesammelte Capital eine Höhe erreichte, welche hinlangte, um eine auf luxuriöse Weise ausgestattete Kirche nebst einem Krankenbause aufzubauen. Das Krankenbause ist den barmherzigen Brüdern als Filiale überwiehen, und die Kirche ist gestern feierlich eingeweiht worden. Zu dieser Einweihung haben sich viele Tausende Menschen von nah und fern, meist Landbewohner, eingefunden, so daß gestern im benannten Dorfe eine unübersehbare Menschenmenge wogte. Von der Kirche herab wehte eine große rothe Fahne mit weißem Kreuze und vom

Krankenbause eine deutsche Flagge. Nachdem nun die Weih-Ceremonie vollzogen war, wurde in dieser Kirche, die den Namen Gedwigskirche erhielt, und auch außerhalb derselben in polnischer und deutscher Sprache gepredigt, worauf ein solennes Hochamt mit Assistenz vom Erzpriester Funke celebrirt wurde. Nach dem Gottesdienste wurde ein Diner eingenommen, zu welchem auch einflußreiche und dem Kloster nahe stehende Personen aus der Stadt und dem Kreise geladen waren.

F. — Schoppinitz, 20. October. [Schulverhältnisse. — Standesbeamte. — Abkatz.] Auch bei uns, im äußersten Osten des preussischen Vaterlandes, macht sich allmählig der wohlthätige Einfluß geltend, den die von Seiten der Regierung eingeschlagenen energischen Maßregeln in Bezug auf die Pflege deutscher Sprache und Gesittung auf die hiesigen Verhältnisse ausüben. Wo noch vor einem Jahre an vielen Orten unserer Gegend die Kinder auf dem Wege nach und aus der Schule den begegnenden Erwachsenen, wenn er nicht etwa Geistlicher oder Lehrer war, überhaupt höchst selten, nie aber deutsch grüßten, macht es jetzt einen wohlthuenden Eindruck, wenn die Kinder, wie dies fast überall geschieht, freundlich deutsch grüßen. Während früher der der polnischen Sprache unfähige Fremde von Alt und Jung nur im glücklichsten Falle eine genügende Antwort auf seine Frage nach Wegen und Menschen erhielt, erfreut ihn jetzt doch schon häufig eine deutliche in nicht allzu schlechtem Deutsch gegebene Antwort: kurz, es fängt an zu tagen, wenn auch langsam. Doch, was Jahrzehnte verständig haben, kann nicht ein kurzes Jahr gut machen. Zu hoffen aber ist, daß bei rastloser treuer Arbeit der Revisoren und der Lehrer auch hier einmal das Licht deutschen Geistes und deutscher Gesittung zum Durchbruch kommen wird. An vielen Orten, so auch im benachbarten Rosbzin, helfen hierbei träftig die neuen, aus deutschen Elementen gewählten Ortsvorsteher, welche an Stelle der alten, durchweg aus polnischen Bauern rekrutirten Scholzen ihre Befähigung erhalten haben. — Die seit dem 1. October in Function getretenen Standesbeamten haben, was für unsere Gegend kaum zu hoffen stand, schon mehrere Ehebündnisse civiliter bestätigt, worauf denselben die kirchliche Trauung folgte. — So erfreulich diese Fortschritte erscheinen mögen, so ist es doch zu beklagen, daß immer noch kirchliche Feste bei uns dem Volke Gelegenheit geben, in rohester Weise seinen Gelüsten Jügel schießen zu lassen. Wir meinen hierbei hauptsächlich die sogenannten Abkatzsonntage. Diese arten, ganz entgegen ihrer eigentlichen Bestimmung, meist in Vergnügungsfeste aus, wie sie etwa noch unsere verachteten Jahrmärkte bieten! Wie kann es, so fragen wir uns, mit dazu beitragen, die Weihe eines kirchlichen Festes zu erhöhen, wenn vom frühen Festmorgen an die andächtige Menge an Jahrmärkten, in Schänken und am Caroussell ihre Andacht verleiht, am Nachmittage nach dem Gottesdienste die Kneipe bevölkert und am Abend nach übermäßigem Schnapsgenusse ihre Andacht in Unzucht oder mit einer solennen Schlägerei beilegt? Der ruhige Schlaf, der jede Stunde der Nacht durch Gebrüll und unharmonisches Getöse aus seinem Schlummer aufgeweckt wird, kann allerdings nicht zu der Ueberzeugung gelangen, daß solche Feiern in majorem Dei gloriam dienen kann. Leere Beutel, wüste Köpfe oder fortgeschickte Trinken bis zur Bewußtlosigkeit sind dann am nächsten Tage die weiteren Folgen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

October 20. 21.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Aufdruck bei 0°	333° 11	333° 28	332° 85
Luftwärme	+ 18° 9	+ 12° 5	+ 9° 5
Luftdruck	4° 00	3° 47	4° 56
Dunstfälligkeit	42 pCt.	60 pCt.	100 pCt.
Wind	S. 1	SW. 1	N. 0
Wetter	beiter.	beiter.	bedeckt, Nebel.

Breslau, 21. Oct. [Wasserstand.] D. P. 4 M. 10 Cm. U. P. — M. — Cm.

Berlin, 20. October. Die Tendenz des Börsengeschäftes bleibt unverändert dieselbe, und scheint es, als ob in diesem Monat ein Stimmungswandel überhaupt nicht mehr zu erwarten sein dürfte. Die bestimmenden Factoren, denen hier wie an allen anderen maßgebenden Plätzen die träge und lustlose Haltung zuzuschreiben ist, haben an Einfluß nicht verloren, obgleich in der letzten Zeit die einschlägigen Verhältnisse eine leichtere Form angenommen haben. So wenig Einfluß der Umstand, daß weitere Discont-Erhöhungen für die nächste Zukunft nicht zu befürchten sind, auch auf die Gesamthaltung der Börse gewonnen hat, so läßt sich doch nicht verkennen, daß das in die Ferne Gerathen dieser Gefahr wenigstens etwas zur Verhütung des interessirenden Publicums beigetragen hat. Die für den Augenblick der Ungewißheit verstärkte Nachfrage nach Geld hat abgenommen und die Disconten zeigen sich wieder williger, so normirte sich der Platz-Discount heute auf 4½ pCt. In Rücksicht auf die immer näher heranrückende Monats-Regulirung ist dieses Herabgehen des Zinsfußes ebenfalls nicht zu unterschätzen, da sich die Hoffnung daran knüpft, daß der gegenwärtige Report in Höhe von 5½ nicht wesentlich anziehen werde. Ernsthafte Vermuthung erzeugen hingegen die Vorgänge betr. der garantirten Oester. Bahnen, bei welchen mit der nothwendigen Capitals-Vermehrung (wie bei Oester. Nordwestb.) der Werth der Garantie Abbruch erleiden dürfte. Von den internationalen Speculationspapieren waren Oester. Staatsbahn vorzugsweise matt und drückt ein ziemlich starkes Ausgeboot den Cours derselben nicht unbedeutend herunter. Lombarden waren zwar fester, blieben dafür aber sehr still. Oester. Creditactien stellen sich gegen gestern etwas niedriger, konnten sich aber im Verlaufe des heutigen Geschäftes, einige Schwankungen abgerechnet, auf gleicher Höhe erhalten. Andere österreichische Bahnen sehr matt. Oester. Nordwestbahn und Eis.-Weißb. stark weichend. Die lokalen Speculations-Papiere nur in sehr geringem Verlehrs. Disconto-Commanbit 183½, Ultimo 184¼—3¼, Döringmunder Union 47, Ultimo 46¼—¼, Laurabütte 139¼, Ultimo 139¼—139. Auswärtige Staatsanleihen zeigten keine einheitliche Tendenz; Anfangs waltete eine matte Stimmung vor, die jedoch gegen den Schluß einer festeren Haltung Platz machte. Nur Italiener waren von Beginn an fest und lebhaft. Oesterreichische Renten gingen indeß zu gestrigen Notirungen um, Türken konnten ihre letzten Course aber nicht beaupten. Amerikaner gefragt, auch russische Werthe in leidlichem Umfange, namentlich waren Brämanian. und Central-Bodencredit-Pfandbriefe bevorzugt. Ung. Schatzanweisungen II. Em. 91¼ bez. G. Preuß. Fonds sowie andere deutsche Staatspapiere gingen wenig um und zeigten meist eine wenig feste Physiognomie. Das Geschäft in Eisenbahnprioritäten war sehr still und kann die Stimmung kaum Anspruch auf Festigkeit erheben, im günstigen Falle konnten die seitherigen Course aufrecht erhalten werden. Auf dem Eisenbahnmärkte war die Stimmung ausgeprochen matt, die Rheinisch-Westfälischen Devisen ließen im Course nach, auch andere schwere Bahnactien notiren niedriger, so Potsdamer und Anhalter, letztere waren stärker angeboten. Von leichten Bahnen sind Schweizer Westbahn als belebt, Ostpreussische Südbahn als besser zu erwähnen. Banactien matt und still, Preussische Bodencredit besser, Producten- und Handelsbank anziehend, Brede, Geraer Bank und Geraer Creditbank, sowie ritterchaftliche Privatbank reger. Industriepapiere vernachlässigt, Bodbrauerei steigend, Landre gefragt, Lindenbauverein fest, Reichs, Continental und Westend weichend, Droschken fest, Pferdebahn beliebt, Schmidt, Wagenbau, Continental-Gas besser, desgl. Eggertshof Maschinen und Altenburg Zuder, Union Webers sehr belebt, Hagen. Gustafsl nachgebend, Victoriahütte steigend, Bergwerke unbelebt, Wechsel ruhig, nur London begehrt. (Bank- u. H.-Z.)

Görlitz, 20. October. [Görlitzer Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei.] In der heute stattgefundenen 2. ordentlichen General-Versammlung der Actien-Gesellschaft Görlitzer Maschinenbauanstalt und Eisengießerei, in welcher 24 Actionäre mit 157 Stimmen vertreten waren, wurde die von dem Aufsichtsrath nach Abhebung von 18,474 Thlr. 10 Sgr. 9 Pf. für Abschreibungen, 4279 Thlr. 4 Sgr. für den Reservefond und 5227 Thlr. 20 Sgr. für die statutenmäßigen Lantien, vorgeschlagene Vertheilung von 6 Procent Dividenden an die Actionäre, Zuridlegung von 15,000 Thlr. für einen neu zu bildenden Special-Reservefond und Vortragung von 584 Thlr. 15 Sgr. auf das neue Geschäftsjahr von der Versammlung einstimmig mit der Maßgabe genehmigt, daß die in den Specialreservefond gelegten 15,000 Thlr. nur nach Vorbehalt des Aufsichtsrathes mit Genehmigung der Generalversammlung Verwendung finden dürfen. Bei der darauf folgenden Neuwahl eines Aufsichtsrathsmitgliedes wurde das vorher ausgeloste Mitglied, Herr C. Felix in Görlitz wiedergewählt. — In einer darauf abgehaltenen Aufsichtsraths-Sitzung wurde Herr Stadtrath Lüders von hier zu Vorsitzenden und Herr Banquier Dzonbi aus Berlin zum Stellvertreter gewählt, und bei der Gelegenheit u. A. auch beschlossene, dem Vorstand zu gestatten, per annum bis zu 10,000 Thlr. der Prioritäts-Obligationen al pari zurück zu kaufen.

Berlin, 20. October. [Productenbericht.] Die Stimmung für Roggen war heute sehr fest, es sind für sämtliche Termine nennenswerthe Courserhöhungen zu constatiren, besonders machten sich die Ueberbietungen per October sehr knapp. — Roggenmehl fest. — Weizen machte ferner Fortschritte im Werthe, das Geschäft wurde bei den besseren Courten auch etwas lebhafter. — Hafer loco schwieriger Abkatz; Termine sehr fest, und

Papiere und nach § 23 des Statuts spatebens einen Tag vor General-Versammlung dem Aufsichtsrathe einzureichen.

Breslau, den 19. October 1874.

**Der Vorsitzende des Aufsichtsraths
Einrichs.**

Pferde-Auction.

Mittwoch, den 28. October, Mittags 12 Uhr, werde ich am
[5332]
Kanonenplaz in Posen

1 schwarzbraune engl. Stute, 9 Jahre (Jagdpferd),
1 Fuchswallach, engl. Vollblut, 8 Jahre (Reisepferd),
1 schwarzbraune Stute, 7 Jahre, 5" (Rutschpferd),
1 Appenstute, 5 Jahre (Harttraber),
1 Hengst-Felbe, 5 Jahre, Wladyski-Race (Reisepferd),
1 schwarzbraunen Wallach, 3½ Jahre, 4",
1 hellbraune Stute, 3½ Jahre, 3",
1 braune Mutterstute, engl. Hunter,

für auswärtige Rechnung gegen gleich baare Zahlung versteigern. Die
Pferde stehen vom 27. d. M. ab zur Besichtigung in Stern's Hotel.

Rychlewski, Königl. Auktions-Commissarius.

Echt Astrachaner Caviar
in Gebinden beliebiger Größe à ½ Kilo Bo. Gebd. 1 Zflr. 10 Sgr., aus-
gewogen das Netto-Goltpfund 1 Zflr. 15 Sgr., bei Entnahme von 1 Pund
circa 33 Pund Zollgewicht, billiger, versendet

[1586] **A. Jurasky in Myslowitz.**

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Groß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.